

Presseinformation, 15.01.2018

Geschäftsstelle:
Röpkestr. 12
30173 Hannover

**Menschenrecht auf Familienzusammenführung einhalten!
Appell niedersächsischer Initiativen und Vereine**

Karim Alwasiti
Kai Weber

Über 50 niedersächsische Initiativen und Organisationen fordern:

nds@nds-fluerat.org
www.nds-fluerat.org

**Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Geschützte beenden!
Visumsverfahren für Familienmitglieder beschleunigen!
Einreise von in Griechenland gestrandeten Angehörigen ermöglichen!**

Tel: 0511 – 98 24 60 30
Fax: 0511 – 98 24 60 31

In einem Appell richten sich über 50 niedersächsische Initiativen und Vereine der Flüchtlingsunterstützung an die Verantwortlichen in CDU/CSU und SPD, die aktuell über eine Regierungsbildung in Berlin verhandeln. Sie fordern eine Gewährleistung des Rechts auf Familiennachzug für alle Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz. Die Einigungen in den Sondierungsgesprächen sehen - neben zahlreichen weiteren unmenschlichen Verschärfungen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik – die weitere Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten vor. „Die fortgesetzte Verhinderung des Familiennachzugs zu Schutzberechtigten ist unmenschlich. Der Schutz der Familie ist ein elementares Grundrecht, das auch für Geflüchtete gilt“, erklärt dazu Karim Alwasiti, Referent für Fragen des Familiennachzugs beim Flüchtlingsrat Niedersachsen.

Die Verhinderung des Familiennachzugs für subsidiär Geschützte ist familienfeindlich. Diese Politik verstößt gegen internationale Abkommen wie die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) und die UN-Kinderrechtskonvention und muss sofort und bedingungslos beendet werden. Eine jetzt von den sondierenden Parteien CDU/CSU und SPD beschlossene Verlängerung der Aussetzung sowie die angekündigte Kontingentierung der Zahl der Nachzugsberechtigten lehnt der Flüchtlingsrat ab und fordert entsprechende Änderungen im Sondierungspapier. Die Initiativen erwarten nicht weniger als die Einhaltung der verbrieften Grund- und Menschenrechte. Die Initiativen und Organisationen kritisieren zudem die geplante Aussetzung der Aufnahme aus Griechenland und Italien. Dort halten sich derzeit mehr als 4.000 Familienangehörige auf, die bereits jetzt einen Rechtsanspruch auf den Nachzug nach Deutschland haben. Damit würde sich an ihrer häufig prekären Lage nichts ändern.

Hintergrund:

Der aktuell gesetzlich normierte Ausschluss des Familiennachzugs zu subsidiär Geschützten läuft Mitte März 2018 aus. CDU/CSU und SPD haben am 12.01.2018 vereinbart, dass die [Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte zunächst verlängert werden soll](#) und darauf folgend bis Sommer 2018 eine gesetzliche Neuregelung folgen soll, die Höchstgrenzen beim Nachzug (bundesweit monatlich 1.000) beinhaltet.

Der Appell ist auf der Grundlage des Treffens niedersächsischer Flüchtlingsinitiativen am 18. November 2017 entstanden. PRO ASYL hat zu den Weihnachtstagen 2017 eine Petition zum Thema beim Bundestag eingereicht, die rund 28.000 Menschen unterstützen.

Weitere Informationen:

Flüchtlingsrat Niedersachsen:

Karim Alwasiti, Tel. 0511 98 24 60 32, ka@nds-fluerat.org, nds@nds-fluerat.org
Kai Weber, Tel. 0511 84 87 99 72, kw@nds-fluerat.org, nds@nds-fluerat.org

Anlage

Appell „Menschenrecht auf Familienzusammenführung einhalten“